

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Klare Position der SPÖ: Gemeinsam gegen Gefahr von Rechts

„Mehr denn je geht es darum, die Bürger für rechte Parolen unempfindlich zu machen“, sagte Bundeskanzler Franz Vranitzky in seinem Grundsatzreferat vor der Bundeshauptversammlung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Diese, so der Kanzler, stehen als „engagierte Kämpfer gegen rechte und nationalistische Tendenzen“ in vorderster Linie dieser Auseinandersetzung.

Unter der Devise „Gemeinsam gegen die Gefahr von Rechts“ fand die Bundeshauptversammlung des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am 7. Dezember 1996 in Wien statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das mitreißende Referat des SPÖ-Vorsitzenden und Bundes-

kanzlers Dr. Franz Vranitzky, der einen Großteil seiner Ausführungen unter diese Devise stellte. Einmal mehr erklärte er in aller Deutlichkeit, daß für die Sozialdemokraten eine Zusammenarbeit mit der Haider-Partei nicht in Frage komme. Ebenso wenig sei die Partei für einen Sozialabbau zu haben; Arbeitsplätze für alle

seien die wichtigste Herausforderung für die Sozialdemokratie, denn „die Arbeit ist und bleibt das Grundfundament des Lebens in der Gesellschaft, der Sockel, auf dem die Demokratie ruht.“ Weiter bekräftigte der Bundeskanzler das Eintreten der SPÖ für die Beibehaltung der Neutralität – ein Militärbündnis sei für Österreich

weder sinnvoll noch werde es verlangt. Bundesvorsitzender Alfred Ströer dankte in seinem Bericht dem Kanzler für seine klare antifaschistische Haltung. ■

Ausführliche Berichte über die Rede Vranitzkys und die Bundeshauptversammlung auf den Seiten 2 bis 5.

Als Anerkennung für seine unbeirrbar antifaschistische Haltung wurde Bundeskanzler Vranitzky mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet (mit Vorsitzendem Ströer und Stellvertreter Nedwed bei der Überreichung)



Vranitzky: Arbeitsplätze

„Solange wir Sozialdemokraten bei der Regierungsbildung etwas zu sagen haben, hat Haider in einer Regierung nichts verloren“, versicherte SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in einem großangelegten Referat vor der Bundesversammlung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in Wien. Einen entsprechenden Beschluß faßte jüngst auch das SPÖ-Präsidium, um so klarzustellen, daß jedenfalls auf Bundesebene eine Zusammenarbeit mit der FPÖ nicht in Betracht kommt.

Es ist heute und in alle Zukunft eine Aufgabe der Sozialdemokratie, die Menschen gegen Parolen von rechts empfänglich zu machen, sagte Bundeskanzler Franz Vranitzky einleitend in seinem politischen Referat, zu dem ihn die Freiheitskämpfer zu ihrer Bundesversammlung am 7. Dezember 1996 im Haus der Begegnung Wien 15 eingeladen hatten. Der Kanzler bezeichnete es als eine bedenkliche Tendenz, daß gefeierte Schriftsteller und Philosophen etwa in Deutschland zu Bannerträgern eines neuen Nationalismus geworden sind. Er nannte namentlich Martin Wals-

Auch angesichts der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU wäre es die schlechteste Alternative, die Grenzen wieder dicht zu machen und die Staaten zu renationalisieren. „Dann stünden wir an der Wende zum 21. Jahrhundert wieder dort, wo Europa am Beginn des 20. Jahrhundert gestanden ist – mit all den Schrecknissen, die daraus folgten.“

Den Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer bezeichnete der Kanzler in diesem Zusammenhang als engagierten Kämpfer „gegen rechte und nationalistische Tendenzen und derartige Angriffe auf unsere Gesellschaft“.

Aus den Erfahrungen der Widerstandskämpfer könnten wichtige Erkenntnisse für den Kampf gegen den Faschismus gezogen werden; freilich dürfe sich dieser Kampf nicht auf Geburtsjahrgänge beschränken, die den Faschismus erlebt haben: „Das Geburtsdatum ist nicht ausschlaggebend für die politische Einstellung.“ So verdienen alle jene, die meinen, man müsse die an-

gebliche „Ausgrenzungspolitik“ gegenüber der Haider-Partei „überdenken“, eine unmißverständliche Antwort, sagte Vranitzky. Zunächst einmal: die Wortschöpfung „Ausgrenzungspolitik“ stammt von Haider selbst – die wehleidige Reak-

Haider hat sich selbst „ausgegrenzt“

tion eines, der glaubt, Anspruch darauf zu haben, dabei zu sein. Aber es ist und bleibt das demokratische Recht jedes politisch Handelnden, sich den Partner auszusuchen. Und jene, die meinen, eine Zusammenarbeit, wie

sie einzelne Landesverfassungen vorschreiben, hätte uns „viel erspart“, sind zu fragen: Zusammenarbeit mit der Akzeptanz von Krumpendorf, mit der Ablehnung der Wehrmachtsausstellung? Das kann nicht die Politik der Sozialdemokratie sein. Leider, so Vranitzky, stoßen wir auf solche Auffassungen nicht nur bei einfachen Mitbürgern, sondern auch bei manchem Mitglied, ja sogar Funktionär der SPÖ. Da meinen manche, es gebe Landstriche in Österreich, wo Antifaschismus besser verschwiegen würde. „Ich bin nicht bereit, das zu akzeptieren“. Und ebensowenig sei Haider Sprache hinzunehmen. Etwa, wenn

Neuem Nationalismus entgegentreten

er, Hans Magnus Enzensberger, Botho Strauß, Ernst Nolte und Willy Brandts Biographin und letzte Ehefrau Brigitte Seebacher. Die Sozialdemokratie darf solche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nicht einfach hinnehmen – sie stehen im diametralen Gegensatz zum alten Traum der Arbeiterbewegung und des Widerstandes, internationale Solidarität zur politischen Realität werden zu lassen.



Blick in den Konferenzsaal: In der ersten Reihe die Ehrengäste



gegen Rechtstendenzen!

er in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ davon spricht, daß man „Österreich vom Schutt der Altparteien befreien muß“, so erinnert das an die Redeweise der Faschisten der dreißiger Jahre, die die „Beseitigung des Revolutionsschutts“ verlangten und damit die Sozialgesetzgebung und überhaupt die Demokratie meinten. Oder wenn Haider unsere demokratische Republik als „Mischung aus Kreml, Vatikan und albanischer Weltoffenheit“ diffamiert

Verirrter Jugend die Hand reichen

oder wenn er in ihr „die Herrschaft von proletarischen und halbgebildeten Funktionären“ sieht. Es gebe kaum politische Kommentatoren, die sich mit diesen Zitaten, die eine Verhöhnung eines Großteils unserer Bevölkerung darstellen, ausein-

Arbeitsplätze bleiben Hauptaufgabe

andersetzen, meinte der Kanzler. Daher gilt es gerade für die Sozialdemokraten, wachsam zu sein und der Jugend immer wieder vor Augen zu führen, was geschah und wie es dazu kam. Denn diese Jugend ist nicht von Haus aus rechtslastig und gewaltbereit. Aber es gibt unter den jungen Menschen solche, die zwischen Lebensmut und Zukunftsangst hin- und hergerissen sind, die

nach einem Sinn des Lebens jenseits des rein materiellen Strebens, nach Kameradschaft und Zusammengehörigkeit suchen. Wir dürfen sie nicht abschreiben, wir müssen Ohren haben für diese verkleideten Hilferufe desorientierter Jugendlicher, wir müssen ihnen und auch allen anderen, die vielleicht nicht mithalten können mit dem Tempo der wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen, die sich an den Rand gedrängt fühlen, die Hand bieten.

Daher bleiben Arbeitsplätze das Hauptziel der Sozialdemokratie. „Denn die Vollbeschäftigung ist mehr als Einkommensbeschaffung, sie ist das notwendige Werkzeug, solche gesellschaftlichen Verwerfungen nicht zuzulassen.“ Wenn man manchen neoliberalen Forderungen nachkommen würde, hätte das traurige Folgen für die große Mehrheit der Menschen. Vranitzky verdeutlichte das am Beispiel der Forderung „Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung“. „Würden wir dies zulassen, würden wir ein System zertrümmern, welches in hohem Aumaß solidaritätsstiftend für unsere Gesellschaft ist. Denn dann müßten Reiche, die auf die Leistungen aus dem gemeinsamen Topf nicht angewiesen sind, nicht mehr hineinzahlen – zu Ungunsten jener, die



Im Rahmen der Bundesversammlung wurden vier verdiente Genossen mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet: die Vorstandsmitglieder Hans Pawlik und Eduard Goldmann, unser Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und der langjährige Redakteur des „Kämpfer“, Hans Waschek.

von deren Solidarität abhängen“. Daher Vranitzkys Forderung: „Den Deregulieren in aller Welt müssen wir mit einer Sozialdemokratisierung der internationalen Politik, insbesondere durch eine gemeinsame Beschäftigungsoffensive der EU, entgegen-

Kein Beitritt zu Militärbündnis

zutreten“. Die SPÖ sei keineswegs gegen Innovationen wie Veränderungen bei den Ladenöffnungszeiten oder die Flexibilisierung der Arbeitszeit, „aber wir sind sehr wohl dagegen, dies alles zu Lasten der Arbeitnehmer zu tun.“ Und wenn die 'Presse' meint, wir hingen mit solchen Feststellungen 'altsozialistischen Träumen' nach – für uns bleibt es unsere unverzicht-

bare Aufgabe, jedem und jeder ein Leben in Würde zu ermöglichen.“

Schließlich erteilte Vranitzky erneut dem Beitritt Österreichs zu einem Militärbündnis eine Absage. Ein solcher sei weder von Österreich verlangt worden noch sei er zweckmäßig. „Unser Ziel ist eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft, die prinzipiell allen europäischen Ländern offensteht“, sagte der Bundeskanzler unter dem große Beifall der Delegierten.

**WIR WÜNSCHEN
ALLEN UNSEREN
MITGLIEDERN,
MITARBEITERN UND
FREUNDEN EIN
FROHES UND
FRIEDVOLLES
NEUES JAHR 1997.**

Herzliche Dankesworte richtete namens der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer deren Bundesvorsitzender Alfred Ströer an Bundeskanzler Vranitzky: Dafür, daß er endlich mit der beschämenden „Opfertheorie“, mit der Österreich so lange jede Mitschuld an den Naziverbrechen bestritten hat, Schluß machte, und dafür, daß er jede Zusammenarbeit mit der Haider-FPÖ ablehnt.

Manche sagen, daß wir Männer und Frauen des Widerstands unter Traumata leiden, wir sollten uns bei Psychotherapeuten behandeln lassen, weil wir nicht vergessen können“, leitete Bundesvorsitzender Alfred Ströer seine Begrüßungsansprache. „Aber wir, die wir die Konzentrationslager und Strafkompagnien überlebt haben, wollen das nicht vergessen und nicht verdrängen. Das sind wir den Hunderttausenden, den Millionen

explizieren –, differenziert: nämlich, daß sicherlich nicht alle Soldaten Verbrecher waren, aber daß es Offiziere und Soldaten gab, die sich an Verbrechen beteiligt haben.“ Das gelte für diesen ganzen tragischen Abschnitt unserer Geschichte, für das Verhältnis auch der Österreicher zum Faschismus. Gerade deshalb sei es auch eine – in mancher Hinsicht zu lange hinausgezögerte – Verpflichtung, daß den Überlebenden unter unseren Mitbürgern, die unter der Verfol-

grüßen wie die Versteigerung der geraubten Kultur- und Kunstgüter in der Kartause Mauerbach, deren Erlös bekanntlich mittellosen jüdischen und nichtjüdischen Opfern zugutekommen wird. Desgleichen ist die Anerkennung der Roma und Sinti, die durch das feige Bombenattentat von Oberwart vier Blutopfer zu verzeichnen haben, als Volksgruppe zu begrüßen. „Und nicht zuletzt begrüßen wir die klare Haltung Franz Vranitzkys gegenüber der



Bundesvorsitzender Alfred Ströer be

Ströer: Nichts vergessen, nicht

schuldig, die heute nicht mehr ihre Stimme erheben können, weil sie ermordet wurden.“

Und dann wandte sich Ströer an jenen Ehrengast der Versammlung, den er unter einer langen Liste der Gäste als ersten begrüßt hatt: „Wir sind unserem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Franz Vranitzky zu tiefem Dank verpflichtet, weil er Schluß gemacht hat mit der sogenannten Opfertheorie, und weil sich damit der Repräsentant unseres Landes öffentlich dazu bekannt hat, was man bis dahin seitens des offiziellen Österreich vermißt hat: Man muß die ganze Wahrheit sagen. Und die ist – am Beispiel der ganz zu Unrecht angegriffenen Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht läßt sich das

gung zu leiden hatten, geholfen wird. Und so ist das vom Bundeskanzler initiierte Gesetz über den Nationalfonds ebenso zu be-

*Ich bin für die Freiheit geboren.
Frei muß ich atmen, frei!
Wohl weiß ich, was es kostet,
zu trotzen der Tyrannei....
Doch wenn es Leib und Leben gilt -
ein Leben, durch das nicht Freiheit
quillt,
ist so und so verloren!
Kampf jeder Sklaverei!
Ich bin der Freiheit verschworen!
Frei will ich werden! Frei!*

*Richard Zach
(hingerichtet am
30. Jänner 1943)*

Haider-Bewegung, die sich außerhalb des demokratischen Parteienspektrums gestellt hat.“ In diesem Zusammenhang erinnerte Ströer an Gerichtsurteile aus jüngster Zeit, durch die bestätigt worden ist, „daß Haider als Hauptkraft des österreichischen Rechtsextremismus anzusehen ist und in der ausländerfeindlichen Propaganda, die den Boden für Anschläge bereitet hat, an der Spitze steht“ – wie dies der Leiter des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes, Dr. Wolfgang Neugebauer, festgestellt hat. Die Klage Haiders gegen ihn wurde vom Obersten Gerichtshof abgewiesen.

Weiters stellte Ströer eine positive Entwicklung bei den Urtei-

len der Geschwornengerichte in Neonaziprozessen fest. Dies zeuge von einem wachsenden politischen Bewußtsein, sei aber auch dadurch erreicht worden, daß der Strafraum von bisher fünf bis zehn Jahre auf ein Strafausmaß von einem Jahr bis zehn Jahre geändert wurde. Trotz der Widerstände Ewiggestriger sei auch die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von Zehntausenden besucht worden, wobei, dem Adjutanten des Bundespräsidenten, Divisionär Hubertus Trauttenberg, besondere Anerkennung für seine mutigen Eröffnungsreden gebühre. Im Anschluß an das Referat Vranitzkys und den Bericht Ströers fand eine rege Debatte statt, an der sich Peter Lhotzky, Peter Weidner,



bei seinem Bericht

hts verdrängen

Karl Gruber, Ernst Nedwed, Gilbert Wasserberger, Herbert Exenberger, Robert Koschin und Uli Lehner beteiligten.

Als Vertreter des Sozialministeriums berichtete Dr. Wegscheidler über die 50. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, über das Nationalfondsgesetz und die Mauerbach-Aktion. Die erste hat in den drei Jahren seit 1994 durch eine Erweiterung des Anspruchskreises den Opfern Zahlungen in der Gesamthöhe von rund 760 Millionen Schilling gebracht. Durch das Nationalfondsgesetz wurden nun auch rund 10.000 Opfern,

die bisher keine Leistungen erhalten haben (wegen ihrer sexuellen Orientierung oder angeblicher Asozialität Inhaftierte sowie körperlich bzw. geistig Behinderte) mit zusammen rund 700 Millionen Schilling entschädigt. Die Mauerbach-Aktion, bei der 8000 Objekte, vornehmlich aus einst jüdischem Besitz, versteigert wurden, erbrachte den überraschend hohen Erlös von 155 Millionen Schilling. Er wurde der Kultusgemeinde übergeben; 12 Prozent davon gelangen über die KZ-Verbände auch an mittellose nichtjüdische Opfer zur Verteilung. ■

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Dr. Franz Danimann, Marie Kaiser, Leo Lesjak, Ing. Ernst Nedwed, Gerti Spiess, Ernst Zipperer und Dr. Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung). Redaktionsschluß war der 12. Dezember 1996.

Bei der Bundesversammlung erfolgte auch die Neuwahl des Bundesvorstandes. Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Dies ist der neue Bundesvorstand:

Ehrenvorsitzende: Leo Mistinger, Erna Musik, Otto Skritek.

Vorsitzender: Alfred Ströer

Vorsitzender-Stellvertreter: Walter Faderny, Fritz Inkret, Maria Kaiser, Ing. Ernst Nedwed.

Kassier: Johann Kancz, Stv.: Hans Brosch.

Schriftführer: Hannes Schwantner, Stv.: Peter Lhotzky.

Kontrolle: Eduard Goldmann, Ernst Frühauf, Konrad Wurm.

Beisitzer: Josef Ackerl, Julius Aufrichtig, Alexander Blum, Leopold Brännler, Dr. Franz Danimann, Kurt Datzberger, Herbert Exenberger, Rudolf Gelbard, Heribert Haring, Ing. Fritz Hofmann, Ali Kohlbacher, Ernst Korcowicz, Ulrich Peter Lehner, Leo Lesjak, Bruno Liszka, Dr. Michael Ludwig, Hans Pawlik, Alice Rusz, Rudolf Sarközi, Dr. Edgar Schranz, Gerti Spiess, Heinz Strobel, Gilbert Wasserberger, Othmar Weidinger, Peter Weidner, Ing. Josef Wicher.

• Resolutionen und Anträge

Bei der Bundesversammlung wurden zwei Resolutionen des Bundesvorstandes angenommen. In der ersten wurde unter anderem (wie auch im Referat Alfred Ströers angeführt) die Distanzierung des Bundeskanzler von der „Opfertheorie“ und seine klare Abgrenzung gegenüber der Haider-FPÖ begrüßt. Der Richterschaft wurde Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie keine Standesgenossen duldet, die mit dem NS-Regime sympathisieren. Weiter wurde gefordert, daß mit Veranstaltungen, die NS-Ideale pflegen, Schluß gemacht wird. In der zweiten Resolution drücken die Freiheitskämpfer ihre Besorgnis über die bedeutenden Stimmengewinne der Haider-Partei bei den letzten Wahlen aus. Sie fordern die SPÖ auf, durch geeignete Reformen und Aktivitäten dieser Entwicklung zu begegnen. Insbesondere müsse die Wiedererlangung der sozialen Kompetenz Ziel der Partei sein.

Ein Antrag des Landesverbandes Wien verlangte die Einsetzung einer Kommission, die bis zur nächsten Bundesversammlung Vorschläge über statutarische, organisatorische und mediale Fragen ausarbeiten soll, damit der Kampf gegen jede Form des Faschismus und Rechtsextremismus erfolgreich weitergeführt werden kann. Der Landesverband Obersteiermark will eine Diskussion über eine Namensänderung des Bundes und eine Öffnung auch für Nichtmitglieder der SPÖ. Die Bezirksgruppe Schwechat appelliert an die SPÖ-Mitglieder der Privilegienkommission, sich für strenge Bezügeregelungen einzusetzen. Die Landesgruppe Tirol fordert eine Überprüfung der im Schulungsbereich des Bundesheeres tätigen Personen auf Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, vermehrtes Augenmerk auf rechtsradikale Propaganda im Internet sowie Seminare über die Geschichte der Arbeiterbewegung im Renner-Institut.

Neue Vorsitzende in Wiener Bezirken

In einigen Wiener Bezirken gab es im Laufe des Jahres 1996 aufgrund von Todesfällen und Rücktritten eine Neuwahl der Bezirksvorsitzenden. So wurden im 6./7. Bezirk LAbg. a.D. Hans Brosch, im 11. Bezirk Karl Nerival, im 14. Bezirk Otto Hantke, im 15. Bezirk Landtagspräsident a.D. Ernst Outolny, im 16. Bezirk Bezirksrätin Margarete Vospel und im 22. Bezirk Rudolf Karnik als Vorsitzende gewählt. Informationen über Aktivitäten und Sprechstunden sind in den SPÖ-Bezirkssekretariaten bzw. im Sekretariat der Freiheitskämpfer, Wien 1., Löwelstraße 18 erhältlich.

50-Jahr Jubiläum: Fotos gesucht

Im nächsten Jahr jährt sich die Gründung des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus zum 50. Mal (zunächst, unmittelbar nach der Befreiung, waren sie im gemeinsamen KZ-Verband organisiert). Wir bitten alle Mitglieder, die über Fotos und Unterlagen aus dieser Zeit verfügen, uns diese leihweise zur Verfügung zu stellen. Diese Materialien würden uns helfen, eine Dokumentation über die 50jährige Geschichte unseres Bundes herzustellen. Die Feier zum 50jährigen Jubiläum wird voraussichtlich im Mai 1997 stattfinden.

Schreibt Leserbriefe!

Im NÖ-Landesvorstand wurde der Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, daß es bei einigen Tageszeitungen Mode geworden ist, viele superkurze und aggressive Leserbrief zu veröffentlichen und so zu tun, als ob dies die herrschende Volksmeinung sei. Daher die Bitte: Wer sich kurz und prägnant in unserem Sinne artikulieren kann, möge dies in Form von Leserbriefen zu aktuellen Themen tun. Wenn solche Stimmen von mehreren Lesern kommen, ist ein meinungsbildender Effekt gegen den rechten Trend zu erwarten.

Landesverband Burgenland:

Zeitzeugengespräche gehen weiter

Die burgenländischen Freiheitskämpfer entschlossen sich, im Jahr 1996 den Gedenktag „12. Februar 1934“ anders als bisher zu begehen. Am Programm stand ein Gespräch zum Thema „Die Verletzlichkeit der Demokratie – Was geschah? Wie kam es dazu? Was könnte wieder geschehen?“ Unter der Moderation von Robert Szinovatz, Leiter des Renner-Instituts Burgenland, diskutierte der Publizist Prof. Hugo Pepper (als Vertreter der älteren Generation) mit dem „jüngeren“ Minister Dr. Caspar Einem. Über 200 Teilnehmer/innen lauschten dem

überaus spannenden und informativen Gespräch. Die Zeitzeugengespräche in den Schulen konnten 1996 wieder erfolgreich durchgeführt werden, obwohl aufgrund des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht nur ein Zeitzeuge pro Schuljahr und 15 Klassen bewilligt wurde. Wir konnten wieder in 19 Hauptschulen, 4 Polytechnischen Lehrgängen, 4 Handelsakademien und 4 Höheren Schulen Zeitzeugen-Gespräche besetzen. Im Schuljahr 1996/97 werden die Zeitzeugen-Gespräche mit den Themenbereichen „Nationalsozialismus – Neonazismus“ wei-

tergeführt. Bereits im Jänner 1995 legte der langjährige burgenländische Landesvorsitzende des Bundes, Landesrat a.D. Stefan Billes, seine Funktion zurück. Der bei der Landeskonzferenz am 16. November in Oberwart gewählte Landesvorstand setzt sich so zusammen: Ehrenvorsitzender Stefan Billes, Vorsitzende LAbg. Gerti Spiess, Kassierin Hannelore Wallner, Schriftführer Friedrich Wiesinger, Kontrolle Inge Posch, LAbg. Katharina Pfeffer, Helmut Schuster; Beisitzer LAbg. i.R. Anni Pöpperl, Dr. Christine Teuschler, Friedrich Kasanits, Gilbert Wasserberger. ■

Wir gratulieren:

Zum 75. Geburtstag: In Leonding Walter Schott; in Wien Josef Scharm, DI Rainer Holzinger, Anna Riedl, Engelbert Wöber. **Zum 80. Geburtstag:** In Lenzing Hilde Lenzeder; in Wien Franziska Fohler, Ing. Ernst Simon, Marie Stanzl, Hermann Strobl sen. **Zum 85. Geburtstag:** In Enns Grete Fellerer; in Kirchbichl Franz Priewasser; in Korneuburg Anna Pompe; in Wien Franz Leitgeb. **Zum 91. Geburtstag:** In Mödling Josefine Schlager; in Wien Alexander Blum. **Zum 92. Geburtstag:** In Neusiedl am See Magdalena Horvath; in Wien Anna Schwarz. **Zum 94. Geburtstag:** In Graz Julius Philipp; in Mödling Karl Schneidhofer. **Zum 95. Geburtstag:** In Weiz Gustav Scholz; in Wien Stefanie Ewanschow; Josefine Hollaus. **Zum 96. Geburtstag:** In Gratkorn Michael Konrad; in Wien Hermine Swidetzky.

Sie sind von uns gegangen:

Verspätet erreicht uns die Nachricht, daß im Sommer Genosse **Rudolf Grasberger** im 89. Lebensjahr gestorben ist. Er war als Schutzbündler bei der Alarmabteilung „Franz Schuhmeier“. Im Februar 1934 kämpfte er im Arbeiterheim Ottakring, wurde verhaftet und war längere Zeit im Gefängnis der Austrofaschisten. Nach 1945 war er wieder als Vertrauensperson der SPÖ-Ottakring tätig, und nach der Gründung unseres Bundes war er bis zum Jahr 1992 stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe, dann Ehrenobmann. Im Alter von 94 Jahren starb am 30. Oktober **Fritz Löwy**. Nach 1934 bei den

Revolutionären Sozialisten, kam er in Haft, dann unter Hitler ins KZ Buchenwald. Dort hatte er enge Kontakte zu Benedikt Kautsky. Nach 1945 war er Kassier der Wiener SPÖ und in Ottakring politisch aktiv. Anfang November verstarb **Erwin Kwech**, einer der Wiener Neustädter Mitarbeiter des Landesverbandes Niederösterreich, im Alter von 67 Jahren. Erwin Kwech hatte nach dem Ausscheiden des Langzeitobmannes Erwin Schramm 1984 die Führung der Bezirksgruppe übernommen und leitete diese neun Jahre. An seinem Grab sprach Nationalratsabgeordneter Dr. Johann Stippel Worte des Abschieds.

Landesverband Niederösterreich

Wachsam gegen „begehrlichen Kapitalismus“

Die neue Phase des wieder begehrlich gewordenen Kapitalismus, in der wir leben, macht es notwendig, das Primat der Politik vor die Anmaßung der „Geldingenieure“ zu stellen, wohl schon deshalb, weil gewisse Konzerne schon einmal ganz bewußt den Faschismus finanzierten: Das betonten bei der NÖ-Landeskonferenz einvernehmlich SPÖ-Landtagsklubobmann Dr. Johann Bauer und Nationalratsabgeordneter Dr. Alfred Gusenbauer.

Landesverbandsobmann Leo Lesjak unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Opfer nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Dieser Aufgabe diene unter anderem die Errichtung von Gedenkstätten am Gelände des Flughafens Schwechat und in Guntrams-

dorf, wo sich KZ-Nebenlager befanden. Insgesamt gibt es in Niederösterreich nunmehr bereits 60 derartige Mahnmale. Lesjak erwähnte in seinem Bericht über das Wirken der Landesorganisation unter anderem auch eine im Einvernehmen mit dem Landeschulrat und gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend veranstaltete Vortragsreihe vor 3000 Lehrlingen, die sich gegen das Aufkommen von Haß und Gewalt richtete. Leo Lesjak wurde neuerlich zum Obmann der niederösterreichi-



Gäste bei der NÖ-Landeskonferenz: stehend v. l.n.r. Bundeskassier Kancz, Bundesvorsitzender Ströer, Stellvertreter Faderny, DÖW-Präsident Pfoch, Wiener Obmann Nedwed, NR-Abg. Gusenbauer, BM a.D. Hesoun; sitzend NR-Abg.a.D. Mistinger, Landesverbandsobmann Lesjak

schen Landesorganisation gewählt. Seine Stellvertreter sind Walter Faderny und Alfred Ströer. Erfreulich ist, daß der

frühere Sozialminister Josef Hesoun seine Bereitschaft bekundete, im Landesverband mitzuarbeiten. ■

Landesverband Tirol

Korrektur im „Gedenktafelstreit“

Am 10. Oktober fand die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Tirol in Innsbruck statt. Als Referent sprach Uli Lehner zum Thema „Wieder von Sozialismus reden?“ Als Vertreterin des Bundesvorstandes nahm Erna Musik an der Landeshauptversammlung teil. Gewählt wurden als Ehrenvorsitzender Ferdinand Kaiser, als Landesvorsitzende Maria Kaiser, als ihre Stellvertreter Robert Koschin und Dr. Paul Flach. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Harald Schweighofer, Eva Plotz, Konrad Wurm, Hannes

Riedl, Alois Eichler, Dr. Walter Hengl, Josef Menzel, Siegrid Marinell, Wendelin Schöpf. Für die Junge Generation und für die SJ wurden Gerold Dünser und Gernot Wörle in den Vorstand aufgenommen. Für das antifaschistische Jugendkontaktkomitee wirkt Tobias Riess für die Tiroler Initiative gegen Rechtsextremismus Dr. Lothar Müller mit.

Im Tätigkeitsbericht wird unter anderem auf das vom Tiroler Landesverband herausgegebene Buch „Täter, Mitläufer, Opfer - 16 Reden über Österreich“ hin-

gewiesen. Ausführlich wird über den „Gedenktafelstreit“ berichtet.

Es ging um eine Gedenktafel für Gestapoopfer, auf der auch der Name des Polizeihauptmanns Franz Hickl stand, der beim Juliputsch 1934 von einem SA-Mann ermordet worden ist, aber auch gegen die Linken scharf vorgegangen ist. Die Freiheitskämpfer konnten mit Hilfe der SPÖ-Stadträte und des grünen Stadtrats eine Änderung des Textes erwirken. Bürgermeister Herwig Van Staa allerdings meinte: „Man müßte auch Doll-

fuß ein Denkmal setzen.“ Im Juni 1996 wurde die Vorsitzende Maria Kaiser zur 500. Sitzung des Tiroler Parteivorstandes eingeladen, um über die Anfänge der Partei im Mai 1945 zu berichten; sie und Rupert Zechtl sind die einzigen noch lebenden Teilnehmer dieser ersten Sitzung. Großes Interesse fand ein von der Arbeitsgemeinschaft der Verbände gegen Faschismus und Rassismus zum Nationalfeiertag veranstalteter Vortragsabend zum Thema „Historische und aktuelle Ausgrenzungen in Tirol.“ ■

Lehren aus dem Jahr 1945

In Diskussionen zwischen Zeitzeugen und Angehörigen der jungen Generation wird immer wieder die Frage gestellt, was man denn aus den Ereignissen um Krieg, Widerstand, Verfolgung und schwierige Nachkriegsphase für Gegenwart und Zukunft lernen könne. Das vor kurzem erschienene, von Elfriede Schmidt herausgegebene Buch „1945.....und was dann?“ (Edition Strahalm) versucht, darauf Antworten zu geben. Und zwar in Form von Interviews mit 30 Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Forschung, Kultur, Wissenschaft und Religionsgemeinschaften. Von den Interviewpartnern seien hier nur einige genannt. Der bekannte Schauspieler

und Hollywood-Altstar erlebte das Kriegsende als Unteroffizier der US-Army und schildert die große Erleichterung nach dieser schlimmen Zeit. Anton Benya, der spätere ÖGB-Präsident, erinnert sich daran, wie er sich über „Feindsender“ über die tatsächliche Lage informiert hat (was lebensgefährlich war) und zeigt, daß der Wiederaufbau durch Einigkeit über alle politischen Grenzen hinweg möglich wurde. Auch gegenwartsbezogene Antworten geben ORF-Intendant Kurt Bergmann und Sozialforscher Ernst Gehmacher, die die Kriegs- und Nachkriegszeit als Schüler erlebten. Die Toleranz, Offenheit und Solidarität jener Zeit ist für Kardinal König, der sie als mutiger Priester

in St. Pölten erlebte, zukunftsweisend. Der langjährige Styria-Direktor Hans Sassmann, Soldat im Hitlerkrieg, bekennt, daß man über Konzentrationslager gewußt habe; was in Auschwitz geschehen ist, habe er aber erst nach dem Krieg erfahren. Ähnlich sagt es auch unser Bundesvorsitzender Alfred Ströer, der nach mehrjähriger Haft wegen illegaler Tätigkeit in eine Strafeinheit der Wehrmacht überstellt wurde. Den Sinn seiner Vorträge vor Berufsschülern und anderen Gruppen sieht er in der Aufforderung: Duldet nicht, daß Unbelehrbare



die Freiheit, die unsere demokratische Republik den Bürgern gewährt, mißbrauchen, um diese Republik zu zerstören. Seid wachsam, um die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden!

Themensektion „Gegen Rechts“

Am 30. Jänner 1997 um 19.30 Uhr findet im SPÖ-Sektionslokal Wien 9, Marktgasse 45, die Präsentation der Informationsbroschüre „Ich hab' keine Vorurteile, aber...“ statt. In dieser Broschüre sind Argumente gegen Ausländerfeindlichkeit zusammengefaßt. Sie ist als eine der Aktivitäten der Themensektion „Gegen Rechts“ entstanden. Diese für den Kampf gegen rechtsextreme und faschistoide Tendenzen ins Leben gerufene Themensektion verweist auch auf die Ausstellung „Gegen Faschismus und Rechtsradikalismus“, die als ein Projekt des

23. Lehrganges der Wiener Parteischule erarbeitet worden ist. Abrufen kann man die Ausstellung in der SPÖ-Zentrale Wien 1, Löwelstraße, Tel. 534 27/299 (Gilda), in der SPÖ-Bezirksorganisation Alsergrund oder bei der Sektionsvorsitzenden Elisabeth Hubert, Tel. 602 15 93 (abends). Der Vorsitzende-Stellvertreter Willi Wagner und seine Helfer haben die Ausstellung schon rund 30mal an die Plätze gebracht, wo sie erwünscht waren. Übrigens: Für die Mitglieder der Sektion ist die Mitgliedschaft bei den Freiheitskämpfern Ehrensache.

Skandal um Gudenus

Vor der Wahl der Vertreter des Bundesrates im Wiener Gemeinderat sowie bei der Angelobung der neuen Bundesräte in ihrem Gremium kam es zu einer Debatte darüber, daß die FPÖ als einen ihrer Vertreter den früheren Nationalratsabgeordneten John Gudenus in den Bundesrat schickt. SPÖ-Landtagsabgeordneter Rudolf Hundstorfer brandmarkte diese Entsendung als Wählertäuschung, denn Gudenus war nach einer zynischen Äußerung in einer öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der unter Strafe gestellten „Auschwitz-Lüge“ aus dem Parlament entfernt worden. Aufgrund der Empörung darüber hatte FP-Chef Haider entsprechenden

Druck auf den Abgeordneten ausgeübt. Jetzt ist wieder alles anders: Für den Bundesrat erscheint Gudenus der Wiener FPÖ durchaus tragbar. Ebenso kritisierte der sozialdemokratische Vertreter Albrecht K. Konecny im Bundesrat die Entsendung Gudenus' mit scharfen Worten. Bei der Angelobung kam es zu Mißfallenskundgebungen der sozialdemokratischen Bundesräte. Die Wähler können sich aus diesem Verhalten jedenfalls ein Bild davon machen, wie mit ihnen umgesprungen wird; denn der Abgang Gudenus' aus dem Nationalrat mußte doch vor der Wahl die Annahme erlauben, daß er nicht in ein politisches Amt zurückkehren wird.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.

DUR. NR. : 0029106

FRAU

THEKLA SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIEN